

Genau an dieser Grundthese setzt die Kritik durch die großbürgerliche Presse Westdeutschlands ein. Am deutlichsten formulierte das „Handelsblatt“ den Standpunkt führender Monopolgruppen, wenn es die Konsequenzen der Galbraithschen Thesen als „systemwidrig“ bezeichnet. „Das Unbehagen an der Schrift von Galbraith ergibt sich nur daraus, daß der Autor die Strategie des gemachten Marktes und der Marktkontrolle ... mit einer grundsätzlichen Emanzipation des „Industriesystems“ von dem Marktgeschehen gleichsetzt.“<sup>4</sup> In der Tat wird in diesen Worten das Dilemma des staatsmonopolistischen Kapitalismus deutlich. Das Monopolkapital muß unter dem gewaltigen Druck der Erfordernisse der Produktivkräfte den Staat immer umfassender in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß einschalten. Es muß zu immer umfassenderen Planungs- und Regulierungsmaßnahmen greifen. Anders kann es weder die Verwertungsbedingungen des Kapitals noch überhaupt den Fortbestand seiner Existenz sichern. Aber es spürt zugleich, daß es dabei auch immer stärker zu systemfremden Mitteln und Methoden — wie der Planung und Programmierung — greift, die eigentlich die Überlebtheit des Kapitalismus als System, gerade auch in seiner staatsmonopolistischen Phase, deutlich machen. Die zunehmende Zerstörung der „freien Marktwirtschaft“ mit staatlichen Methoden der Regulierung, die Galbraith so beweiskräftig aufzeigt, enthält ja das Eingeständnis, daß die dem Kapitalismus systemeigenen Abläufe nicht mehr in der bisherigen Weise funktionieren, die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung also historisch überholt ist. Die Einschaltung des Staates in den Reproduktions- und Verwertungs-

prozeß des Kapitals ist eine dem Kapitalismus systemfremde Maßnahme. Der heutige Kapitalismus muß zu solchen Maßnahmen greifen und sie mehr oder weniger stark vorantreiben. Aber er beschreitet diesen Weg mit vielen Widersprüchlichkeiten und Halbheiten. Das kommt in den nicht nachlassenden Diskussionen innerhalb der monopolkapitalistischen Führungskräfte über Umfang und Ziel des staatlichen Einschaltens, der Befürchtungen über einen sogenannten staatlichen Dirigismus immer wieder zum Ausdruck. Hier spielt auch der Umstand eine Rolle, daß das Monopolkapital zwar an einem starken bürokratischen Staatsapparat interessiert ist, ihm aber andererseits keine Befugnisse zugestehen will, die die eigene Entscheidungsgewalt beeinträchtigen könnten. Der Ausweg wird, wie es das Düsseldorfer „Handelsblatt“<sup>44</sup> fordert, in einem „modernisierten marktwirtschaftlichen System“ gesucht, einer „Synthese zwischen modernen Strukturkenntnissen und den Einflüssen des Marktgeschehens“<sup>44</sup>.

Das bedeutet nichts anderes, als die staatlich gelenkte Planung und Programmierung wichtiger Prozesse der Reproduktion auf der Grundlage des privatkapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln weiter auszubauen und noch enger miteinander zu verbinden. Aber gerade hier beißt sich die Katze in den Schwanz. Die raschen Fortschritte in der Entwicklung der Produktivkräfte erfordern eine gesamtgesellschaftliche Planung und Leitung durch den Staat, die aber nur auf der Basis des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln erfolgen kann. Unter den Bedingungen des westdeutschen staatsmonopolistischen Kapitalismus wird der Staat auf der Grundlage der privatkapitalistischen Produktionsverhältnisse und damit im Interesse der Monopole in den Reproduktionsprozeß eingeschaltet. Dieses

4 „Kein Markt mehr für die Marktwirtschaft?“, Handelsblatt, Düsseldorf, vom 5./6. 4. 1968